



Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

der vergangene Mittwoch war ein besonderer Tag, es war Aschermittwoch, Ende des närrischen Treibens verstrichener Tage.

Für eine Vielzahl von Menschen beginnt mit dem Aschermittwoch die selbst auferlegte Fastenzeit. Die sogenannten „großen“ Parteien laden gern zum „politischen“ Aschermittwoch ein, um sich mit dem jeweiligen politischen Gegner einen oftmals derben rhetorischen Schlagabtausch zu liefern. Vielleicht sollte man als bildungspolitischer Verband auch einmal über die Einführung einer derartigen Veranstaltung nachdenken!

Als nachdenkenswert kann man auch das diesjährige Motto der ev. Kirche betrachten: 40 Tage und Nächte zu fasten – jedoch nicht allein Verzicht auf Alkohol oder üppiges Essen. Nein, es geht um „Lügen-Fasten“.

Möge ein jeder für sich selbst reflektieren, wie oft man sich der Lügen bedient, selbst wenn es „nur“ Notlügen sind. Aber man stelle sich vor, in der Gesellschaft sich 40 Tage und Nächte nur auf der Ebene der Wahrheit zu begegnen.

Leider endet die Fastenzeit bei vielen mit einer selbst auferlegten Kasteiung, ähnlich der guten Vorsätze im neuen Jahr, die zum Schluss nur ein Bruchteil schafft! Und der eigentliche Sinn gelangt dadurch völlig in den Hintergrund - finde ich persönlich sehr schade! Viele haben zur Fastenzeit überhaupt keinen Bezug, machen aber mit, weil es gerade „in“ ist... 😊

Mike Finke
Mike Finke

Vorsitzender des
Landeselternrates Niedersachsen

„Schule stetig auf dem Prüfstand“ - ob gestern, heute oder morgen -

Lehrkräfte stehen stets im Fokus. Wer unterliegt nicht der Versuchung, Leistung von Lehrkräften bemessen zu wollen? Denn es eint uns alle, dass ein jeder Einzelne Erfahrungen aus der Schule vorweisen kann. Oftmals wird aber vergessen, das Bildungswesen in der Gesamtheit zu betrachten. Es bestehen Grunderwartungen, was unseren Kindern und Jugendlichen an Bildung und Kompetenzen vermittelt werden soll, curriculare Vorgaben oder Rahmenrichtlinien etc. geben das „Grundgerüst“ der von Politik definierten Bildung wieder.

Vergessen wird aber, dass wir als Gesellschaft maßgeblich dazu beitragen, dass es alleinig nicht ausreichend ist, Vorgaben auf dem Papier zu definieren. Wichtiger wäre es vielmehr, sich bei den Herausforderungen auch zu überlegen, wie die Umsetzung in Schule erfolgen kann und welche Voraussetzungen notwendig sind.

Die Erwartungen an Lehrkräfte lassen sich sammeln und stellen einen bunten Strauß von Erwartungen dar. Es wird erwartet, dass sich Lehrkräfte dem Bildungsauftrag stellen, dabei aber natürlich strengstens darauf achten, dass in dem Kontext auch die Gelingensbedingungen der Inklusion, der Integration und die individuellen Stärken und Schwächen eines jeden einzelnen Kindes Berücksichtigung finden, also Fordern und Fördern, um jedem Kind gerecht zu werden. Und im Zeitalter der Digitalisierung natürlich so angepasst, dass man von digitaler Wissensvermittlung sprechen kann. Mal ehrlich, gibt die bisherige Ausbildung es her, dass entsprechende Befähigungen im Laufe der Ausbildung vermittelt werden – wohl nicht.

Viel zu häufig wird darüber diskutiert, wie Schule sein soll und in Zukunft aussehen soll. Was nützt es aber, die Zukunft zu gestalten, wenn man die Gegenwart vernachlässigt? Am Beispiel Inklusion lässt sich erkennen, dass man den Blick für sich anbietende Möglichkeiten nicht erkennt, weil das Handeln vielfach schon wieder der künftigen Struktur der Schule geschuldet ist. Die Umsetzung der Inklusion in der Gegenwart wird aber nur gelingen können, wenn ich die jetzt vorhandenen Ressourcen in den Blick nehme und schaue, wie eine Zusammenarbeit vorhandener Professionen so aufeinander abgestimmt wird, dass ein Fordern und Fördern der individuellen Stärken bereits in der Gegenwart möglich ist, z. B. über die Zusammenarbeit im multiprofessionellen Team bzw. in Kooperation mit allen pädagogischen, sozialpädagogischen und therapeutischen Professionen, die sich bereits in Schule befinden.



Statt auf Herausforderungen jeweils nur mit kurzfristigen Personalaufstockungen zu reagieren oder angepasste Projekte aufzulegen, sollten die Überlegungen der Erarbeitung von Konzepten zur multiprofessionellen Zusammenarbeit gerichtet werden. Die unterschiedlichen Professionen gilt es zu bündeln und in einem aufeinander abgestimmten Handeln agieren zu lassen – auf Augenhöhe. Eine Konzeption von „innen heraus“.

Die Arbeit mit multiprofessionellen Teams an Schule wird sich nicht allein für die Umsetzung der Inklusion positiv auswirken. Ein derart ausgerichteter Lebens- und Lernort wird vielmehr dazu beitragen, dass alle Kinder davon profitieren können.



Mit dieser Idee der Gestaltung von Schule ist der Landeselternrat nicht allein in der Überlegung. Anlässlich eines am Anfang des Monats durch den Landeselternrat initiierten, alljährlich stattfindenden Verbändegesprächs war zu vernehmen, dass auch die Verbände dieser Veränderung des Einsatzes von Ressourcen viel Positives abgewinnen können und nicht an einem Erfolg zweifeln. Es bedarf aber des Mutes von bildungspolitisch Verantwortlichen, diesen Schritt der Veränderung in der Gegenwart zu beschreiten.

Für den Landeselternrat, jedoch auch für viele Vertreter der Verbände ist vorstellbar, in einem Modellversuch mit multiprofessionellen Teams zu arbeiten. So könne ein Start mit 10 bis 15 Grundschulen erfolgen, deren Arbeit wissenschaftlich begleitet werden sollte und die gewonnenen Erkenntnisse in der Folge in die Gestaltung des Schulwesens mit einfließen.

Für die Vertreter der Verbände war weitergehend unstrittig, dass es nicht nur ein guter Schritt zur Umsetzung der Inklusion sein wird, sondern das beispielsweise gleichsam auch eine Entlastung von Lehrkräften eintreten wird, da von ihnen eine oftmals nicht zu leistende Aufgabe genommen wird.

Bildung 2040- Zukunftsmodell Bildung und Erziehung

**- ein Resümee von Sven Bourillot, Vorsitzender des Ausschusses
Schulen in freier Trägerschaft zur ersten Regionalkonferenz -**

Im Rahmen einer Veranstaltungsreihe initiiert das Niedersächsische Kultusministerium sein durchaus vielversprechendes Projekt, an dem alle an Bildung Beteiligten mitwirken können - ja sogar sollen.

Zusammen. Zukunft. Machen – so das Motto des Projektes!

In verschiedenen regionalen Diskussionsforen werden in Themenblöcken „Frühkindliche Bildung“, „Grundschule“, „Sekundarbereich“ und „Berufliche Bildung“ in den Blick genommen. Nach der Auftaktveranstaltung am 29.10.2018 in Hannover waren über eine Internetplattform bereits Ideen und Visionen zur Bildung in Zukunft gesammelt und dokumentiert. Um einen Rahmen für den Austausch zu setzen, wurden diese aufgenommen, in die Themenblöcke eingearbeitet und für die einzelnen Veranstaltungen vor Ort als Anregungen und zur Diskussionsgrundlage bereitgestellt. Natürlich ist aber auch Zeit und Raum für einen freien Austausch untereinander.



Am Donnerstag, dem 21.02.2019, wurde die erste Veranstaltung in der Katholischen Kindertagesstätte St. Johannes in Hildesheim durch Herrn Minister Tonne und das Projektteam des Kultusministeriums um Frau Graf eröffnet. Vertreter aus Politik, Einrichtungsleitungen, Mitarbeiter, Studenten, Erzieher, Pädagogen, Fachpersonal und Eltern sowie Interessierte trafen hier zu einem ersten Gedanken- und Erfahrungsaustausch zusammen. Die wachsenden Anforderungen an das Personal in den Einrichtungen, die Wertschätzung und die Attraktivität der Bildungs- und Erziehungsberufe waren dabei nur einige Anregungen und Ansätze zu Überlegungen zur Bildung.

Das Stichwort der **Multiprofessionalität** an einem Standort und ein sich daraus ergebendes „Gelebtes Miteinander“ führte zu einem durchaus von mehreren Beteiligten ausgesprochenen Interesse. Ein Thema, welches den Landeselternrat schon seit geraumer Zeit sehr intensiv beschäftigt. Nicht nur Eltern sehen auch hier eine mögliche Entlastung in Schule oder Kindertagesstätten bzw. Kindergärten.

Welche gemeinsamen Nenner aber lassen sich finden? An welchen Stellen muss nachgesteuert werden? Können Bildung und Erziehung von heute morgen noch erfolgreich sein? Wie tragfähig ist unser Bildungssystem?

Viele Fragen, die wir mit einer objektiven Betrachtungsweise beantworten könnten. Aber müssen alle Fragen beantwortet werden? – Wichtig ist vor allem, den Fokus neu auszurichten. Zielgerichtete Fragestellungen und zukunftsorientierte Denkweisen, aber auch das Hinterfragen von Strukturen können dabei helfen, neue Leitbilder und Handlungsfelder zu entwickeln. Gemeinsam und Miteinander - Nicht nur mit dem Zeigefinger und moralischen Vorwürfen die Fehler der anderen aufzeigen, als auch selbstkritisch uns und wertschätzend unseren Mitmenschen gegenüber. Damit Bildung in Zukunft gelingen kann!

Werte und Normen – was ist das eigentlich?

Mit der Erprobung des Faches Werte und Normen in der Grundschule erreichten den Landeselternrat immer wieder Fragen zu weitergehenden Informationen. Wir haben daher gern das Angebot von Frau Monika Saß-Dardat, Mitglied im Vorstand des Fachverbandes „Werte und Normen“, angenommen, nachstehende Ausarbeitung zu veröffentlichen:

Das Fach Werte und Normen (WuN) ist in Niedersachsen die Alternative zum Religionsunterricht. Werte und Normen befasst sich mit Fragestellungen der Moral und des gemeinschaftlichen Miteinanders, vermittelt den Schülerinnen und Schülern aber auch religionskundliche und weltanschauliche Kenntnisse, ohne dabei eine Religion oder Weltanschauung in den Mittelpunkt zu stellen oder gar zu bevorzugen.



Im Werte und Normen-Unterricht werden die Schülerinnen und Schüler zum Umgang mit philosophischen Problemen, zur Findung und kritischen Beurteilung von ethischen Argumenten oder zur Reflexion von Werteorientierungen befähigt. Sie erwerben kulturelles Wissen über Religionen und Weltanschauungen, können diese miteinander vergleichen und sich mit Themen wie beispielsweise dem glücklichen Leben, der Rollenerwartung oder Nachhaltigkeit und Umweltschutz auseinandersetzen.

Im Religionsunterricht werden dagegen die Glaubenssätze der jeweiligen Religion als verbindliche Wahrheiten für die Gläubigen dargestellt und vermittelt. Dies entspricht dem gesetzlichen Bildungsauftrag des Faches Religion.

Wo wird Werte und Normen angeboten?

Schulleitungen sind dazu verpflichtet, die Elternschaft über die Möglichkeit der Anwahl von Werte und Normen zu informieren. Ab der 5. Jahrgangsstufe kann zwischen Religionsunterricht und WuN gewählt werden.

Ab dem 14. Lebensjahr können Jugendliche sich selbständig entscheiden, ob sie Werte und Normen belegen möchten. In der Sekundarstufe II kann Werte und Normen grundsätzlich gewählt werden, an immer mehr Schulen sogar als Prüfungsfach.

Langfristig wird Werte und Normen auch an der Grundschule eingeführt werden. Eine Erprobungsphase läuft zurzeit sehr erfolgreich an 40 Grundschulen in ganz Niedersachsen.

Welche Schwierigkeiten gibt es im Schulalltag?

Vereinzelt wird in den Jahrgangsstufen 5 und 6 lediglich ein (evt. Konfessions-übergreifender, sogenannter kooperativer) Religionsunterricht angeboten, aber kein Werte und Normen-Unterricht. Auch Gesamtschulen bieten oft ausschließlich Religionsunterricht an.

Nach § 124 Abs. 2 Satz 3 NSchG haben alle Eltern bzw. Schülerinnen und Schüler das Recht, sich vom Religionsunterricht abzumelden.

Kein Schüler kann zur Teilnahme verpflichtet werden. Melden sich 12 Schülerinnen und Schüler in einer Jahrgangsstufe vom Religionsunterricht ab, muss die Schule den Unterricht im Fach Werte und Normen einrichten.

Wer vertritt die Interessen des Faches? An wen kann man sich wenden?

Zusammen mit dem Humanistischen Verband Deutschland – Niedersachsen (HVD) vertritt der Fachverband Werte und Normen – ethische und humanistische Bildung in Niedersachsen e.V. (FV-WuN) nicht nur die Interessen der Lehrenden des Faches, sondern setzt sich auch auf bildungspolitischer Ebene für das Fach ein und unterstützt Eltern, wenn Schulen nicht die vom Gesetz vorgesehene Wahlmöglichkeit anbieten. In solchen Fällen dürfen Sie sich gern beim Fachverband melden, damit Ihnen und Ihrem Kind die Wahl zu ermöglichen.

Weitere Informationen zum Fachverband Werte und Normen finden Sie unter <http://www.fv-wun.de>

Kampagne „Moin Future“ unterstützt bei der Berufsorientierung

Schulen und Eltern sind aufgerufen, Termine für Schüler einzureichen

Wussten Sie schon, dass die regionalen Unternehmen aus Handwerk, Industrie und Handel zusammen mehr als 300 Ausbildungsberufe bieten? Das sind Top-Karrierechancen unmittelbar vor der Haustür. Über diese Zukunftsperspektiven informiert jetzt die Kampagne „Moin Future“.

Die Ausbildungskampagne setzt dabei auf authentische Vorbilder: Auf der Website www.moin-future.de berichten junge Azubis regionaler Unternehmen über ihre Ausbildung und tauschen sich mit einem älteren Kollegen über Ausbildung, Karriere- und Lebenswege aus. Dazu bündelt die Online-Plattform Informationen, Termine und weiterführende Links rund um die duale Berufsausbildung.



Häppchenweise serviert das Moin-Future-Projektteam Neuigkeiten, Tipps und Termine auch über den Moin-Future-Instagram-Kanal (www.instagram.com/moinfuture) und die IHK-Facebook-Seite (www.facebook.com/ihklw). In enger Kooperation mit der Landesschulbehörde erarbeitet das Kampagnenteam Unterrichtsmaterial zur Berufsorientierung, das voraussichtlich im April angefordert werden kann bei Moin-Future-Projektmanagerin Dana Schumacher, schumacher@lueneburg.ihk.de. Sie ist auch Ansprechpartnerin, wenn es um Terminankündigungen geht. „Wir freuen uns, wenn auch Schulen und Eltern uns über Messen und Veranstaltungen zur Berufsorientierung junger Menschen in der Region Nordostniedersachsen informieren“, sagt Schumacher.

Hinter der Kampagne stehen die Industrie- und Handelskammer (IHK) Lüneburg-Wolfsburg als Projektträger von „Moin Future“, die Handwerkskammer (HWK) Braunschweig-Lüneburg-Stade sowie die Landkreise Celle, Harburg, Heidekreis, Lüchow-Dannenberg, Lüneburg und Uelzen. Im Rahmen der Allianz für Fachkräfte Nordostniedersachsen wird „Moin Future“ mit 168.000 Euro aus ESF- und Landesmitteln gefördert.

Der Landeselternrat Niedersachsen wird sich mit dieser Kampagne weitergehend befassen und diese Kampagne unterstützen. So wird der Verantwortlichen des Projektes Dana Schumacher im Rahmen der im Mai anstehenden gemeinsamen Sitzung des Landeselternrates mit den Vertretern der Kreis- und Stadtelternräte die Möglichkeit eröffnet, diese Kampagne tiefgehender vorzustellen.

Schulinterne sonderpädagogische Beratung an allgemeinen Schulen

Mit Verwunderung konnte der Landeselternrat Niedersachsen dem Schulverwaltungsblatt 2/2019 entnehmen, dass der Erlass „Schulinterne sonderpädagogische Beratung an allgemeinen Schulen“ zum 01.02.2019 in Kraft gesetzt wurde. Mit Verwunderung deshalb, weil kein Anhörungsverfahren durchgeführt wurde, in dessen Verlauf der Landeselternrat eine Stellungnahme hätte abgeben können. Der Unmut über die Nichtbeteiligung wurde Herrn Minister Tonne bereits signalisiert.

Schon allein Nr. 1 „Beratungsbegriff“ lässt darauf schließen, dass Belange auch von Erziehungsberechtigten berührt sind: „... Schulinterne sonderpädagogische Beratung kann sowohl für Lehrkräfte als auch für Schülerinnen und Schüler sowie deren Erziehungsberechtigte und weitere in ihren Förderprozess eingebundene Personen erfolgen.“ Eltern hier außen vor zu lassen, trägt sicherlich nicht zu einer erfolgreichen Umsetzung der Inklusion in Schule bei!

Interessierte finden den [Erlass](#) auf unserer Homepage www.ler-nds.de, ebenso einen informativen [Begleit-aufsatz](#) des im Kultusministerium zuständigen Fachreferats.

Für Anfragen steht Ihnen gern auch unsere Geschäftsstelle zur Verfügung, telefonisch unter 0511 / 120 8810, per E-Mail unter landeselternrat@mk.niedersachsen.de.

Erhalten Sie diesen Newsletter erstmalig und möchten Sie künftig regelmäßig über die Arbeit des Landeselternrates und über wichtige bildungspolitische Neuigkeiten informiert werden, nehmen wir Sie gern in unseren Verteiler auf. Eine Anmeldung können Sie gern per E-Mail an newsletter@ler-nds.de senden.